

Bürgerbegehren: Bezahlbarer Wohnraum in Frankfurt am Main



Mit meiner Unterschrift beantrage ich gemäß § 8b der Hessischen Gemeindeordnung die Durchführung eines Bürgerentscheides zu folgender Frage:

Sind Sie dafür, dass die Stadt Frankfurt am Main...

1. beschließt, dass die ABG Frankfurt Holding im Wohnungsneubau ab dem 01.09.2019 zu 100% geförderten Wohnraum für geringe und mittlere Einkommenschichten schafft;
2. beschließt, dass die Mieten bei der ABG Frankfurt Holding ab dem 01.09.2019 für alle Bestandsmieterinnen und -mieter, die vom Einkommen her Anspruch auf eine Sozialwohnung haben, jedoch eine höhere Miete zahlen, auf maximal 6,50 Euro pro qm abgesenkt werden;
3. beschließt, dass die ABG Frankfurt Holding ab 01.09.2019 ihre durch Mieterfluktuation frei werdenden freifinanzierten Wohnungen künftig zu den entsprechenden Preisniveaus und Belegungsbindungen des geförderten Wohnungsbaus vermietet, davon zwei Drittel analog zum derzeitigen Preisniveau des sozialen Wohnungsbaus von maximal 6,50 Euro pro qm und ein Drittel auf dem derzeitigen Preisniveau des „Frankfurter Programms für den Neubau von bezahlbaren Mietwohnungen: Förderweg 2“ (8,50 bis 10,50 Euro pro qm)?

BEGRÜNDUNG

Seit Jahren steigen die Mieten in Frankfurt drastisch an und sind für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen kaum mehr bezahlbar. Gleichzeitig schwindet die Zahl an geförderten Wohnungen mit Preis- und Belegungsbindungen. Bei diesen sog. Sozialwohnungen handelt es sich um normale Wohnungen, deren Miete nur 5 bis 6,50 Euro pro Quadratmeter betragen darf (Förderweg 1). Während es Anfang der 1990er Jahre noch knapp 70.000 solcher Wohnungen in Frankfurt gab, sind es heute nur noch 26.190 (Amt für Wohnungswesen, Stand 2016). Das Darmstädter Institut Wohnen und Umwelt hat ermittelt, dass 49% aller Frankfurter Miethaushalte vom Einkommen her Anspruch auf eine solche Sozialwohnung haben. Zusätzlich haben 19% aller Mieter und Mieterinnen einen Anspruch auf eine Wohnung im Frankfurter Mittelschichtprogramm für 8,50 bis 10,50 Euro pro Quadratmeter (Förderweg 2). Von denen gibt es in Frankfurt derzeit aber nur 4.575 Wohneinheiten (Amt für Wohnungswesen, Stand 2016). Zusammengenommen sind 68% aller Frankfurter Miethaushalte vom Einkommen her berechtigt, eine geförderte Wohnung zu beziehen. Allerdings befinden sich aktuell nur 8,5% aller Wohnungen in einer solchen Preisbindung. Um die Verdrängung der Frankfurterinnen und Frankfurter mit geringen und mittleren Einkommen zu verhindern und bezahlbaren Wohnraum zu sichern, ist es daher aus unserer Sicht nötig, deutlich mehr geförderte Wohnungen zu schaffen.

KOSTENDECKUNGSVORSCHLAG

Kostenschätzung:

112,7 Mio. Euro pro Jahr. Davon entfallen 91 Mio. Euro auf Ziel 1 (Erhöhung der kommunalen Wohnungsbaufördermittel für 1.000 zusätzliche Wohnungen pro Jahr), 15,6 Mio. Euro auf Ziel 2 und 6,1 Mio. Euro auf Ziel 3. Weitere Folgekosten fallen nicht an.

Finanzierungsvorschlag:

Die Finanzierung von Ziel 1 soll erfolgen durch eine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes von derzeit 460 v.H. auf 490 v.H., wodurch Einnahmen in Höhe von 91 Mio. Euro pro Jahr generiert werden. Die Finanzierung von Ziel 2 und 3 soll erfolgen aus den Konzernjahresüberschüssen der ABG Frankfurt Holding (Jahresüberschuss 2017: 94,3 Mio. Euro).

ALS VERTRAUENSPERSONEN WERDEN BENANNT

1. Alexis J. Passadakis, Eulengasse 73, 60385 Frankfurt am Main
2. Conny Petzold, Thudichumstraße 18-22, 60489 Frankfurt am Main
3. Michael Zimmermann-Freitag, Clematisweg 15, 60433 Frankfurt am Main

Die Vertrauenspersonen werden ermächtigt, zur Begründung der Zulässigkeit des Bürgerbegehrens Änderungen vorzunehmen, soweit diese nicht den Kern des Antrages berühren, sowie das Bürgerbegehren bis zum Tag vor der Abstimmungsbekanntmachung gemeinschaftlich zurückzunehmen. Sollten Teile des Begehrens unzulässig sein oder sich erledigen, so gilt meine Unterschrift weiterhin für die verbleibenden Teile.

Zu einer einmaligen Unterschrift ist berechtigt, wer am Tag der Unterschriftsleistung in Frankfurt am Main kommunalwahlberechtigt ist. Ich bin damit einverstanden, dass für mich eine Bescheinigung über mein Wahlrecht eingeholt wird.

Ihre Angaben müssen überprüfbar sein, deshalb bitte vollständig ausfüllen und leserlich in DRUCKBUCHSTABEN schreiben. Bitte verwenden Sie keine „Gänsefüßchen“.

Unterschriftenlisten hier vorbeibringen oder einsenden:
Yusuf Sönmez - Mietentscheid Frankfurt
 c/o Jugend und Kulturverein
 Rudolfstraße 13
 60327 Frankfurt am Main

Bitte unterstützen Sie uns mit einer Spende an:
Dieter Fornoni – Mietentscheid Frankfurt
IBAN: DE87 4306 0967 6050 8674 00
 GLS Bank

Weitere Sammelstellen für Unterschriften finden Sie hier:
www.mietentscheid-frankfurt.de/map

Lfd. Nr.:	Nachname	Vorname	Geburtsdatum	Straße und Hausnummer	PLZ	Ort	Datum der Unterschrift	Unterschrift
1						Frankfurt am Main		
2						Frankfurt am Main		
3						Frankfurt am Main		

Wird von der Gemeindebehörde ausgefüllt:

Es wird hiermit bestätigt, dass die vorstehenden Unterzeichner/innen am Tag der Unterschriftsleistung wie folgt in Frankfurt am Main zur Gemeindevahl wahlberechtigt waren:

Lfd. Nr.:			
-----------	--	--	--

Dienstsiegel

DER MAGISTRAT
 Bürgeramt, Statistik und Wahlen
 Im Auftrag:

Anzahl in Worten: _____ als Zahl: _____

Frankfurt am Main, den